

BGE 48 III 107

Bundesgericht (BGE), 1922-01-01, IT

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge_48_III_107

FR: ATF 48 III 107

IT: DTF 48 III 107

Volltext

106 Schuldbeitreibungs- und Konkursrecht (ZlvUabteUungen). N° 28. i bitem, che dichiara il coneordato obbligatorio per tutti . i ereditori all'infuori di « quelli garantiti da pegno per l' ammontare coperto da questo », non si riferiscono che ai creditori garantiti da pegno spettante al debitore (JIEGER, oss. 4 all'art. 311 in fine e oss. 7 all'art. 305). Ne segue che se, invece, il pegno appartiene, non al debitore, ma ad un terzo, il . credito da esso assistito sara eompreso nel eoncordato e dovra· quindi subire, nei confronti del debitore ehe l'ha ottenuto, la riduzione coneordataria, riservati i diritti verso il proprietario del pegno. In altri termini: aUa guisa dei ereditori assistiti da garanzia per- sonale, i creditori garantiti da pegno' di proprieta di un terzo partecipano al eoncordato in qualita di creditori chirografari, e non potranno pretendere dal debitore (nella fattispecie Tononi) che la percentuale concordata, la quale però, dovni essere ealcolata suU'intero eredito, senza tener conto dell'eventuale copertura del pegno. Analoga e, del resto, la soluzione in easo di fal- limento : ove il pegno appartenga ad un terzo, il credito deve essere eonsiderato come chirografario e collocato per tutto il suo importo in V- classe, la liquidazione del pegno dovendo avvenire separatamente (art. 61 del rego- lamento 13 luglio 1911 sulla~inistrazione degli uffici di fallimento). Da quanta precede risulta ehe la querelata sentenza dev'essere riformata nel senso ehe Tononi potra liberarsi del suo debito verso Furger versandogliene il 20 0/0' Non' oeeorre avvertire ehe questa decisione 'non vale se non nei rapporti di Tononi con Furger, eioe delle parti ehe sole restano in causa. Di fronte a Bernarda il diritto di Furger al pagamento dell'initiero suo credito garantito da ipoteea resta impregiudicato; come e specialmente e impregiudicata la questione di sapere se la riduzione dell'80 0/0 sul credito Furger verso Tononi potra da quest'ultimo essere opposta al proprietario Bernarda per il caso in cui questi, in forza dell'ipoteca legale ehe grava il SUO stabile, dovesse pagare a Furger anche la parte di Schuldbeitreibungs- und Konkursrecht (Kreisschreiben). N0 29. 107 debito che incombe a TOJ;loni eintendesse poi esereitare verso quest'ultimo ,l'azione di regresso dipendente dal pagamento di debito altrui. Il Tribunale tederale pronuncia : 10 L'appellazione adesiva dell'attore e respinta. 20 L'appellazione principale del convenuto e respinta nel senso ehe esso vien dichiarato debitore verso Furger della somma di 4888 fehi. 29 coll'interesse legale a far tempo dal 10 maggio 1917. E inveee ammessa nel senso che in virtul del concor- dato ottenuto da Tononi 10 stesso potra liberarsi nei rapporti dell'attore Furger pagandogli il 20 % della comma preeitata di. 4888 fchi. 29 ed interessi. Le altre conclusioni dell'appellazione principale ven- gonG res pinte. IH. 29. Ireisschreiben Nr li vom 11. Kai 192a. Pfändung von dem betriebenen Schuldner unter Eigen- tumsvorbehalt verkauftentVermögensobjekten; Konkurrenz des Pfändungspfandrechts und des Eigentums tdes Ver- käufers. Im Kreisschreiben INr 29 vom 31. März 1911 haben wir angeordnet, dass die dem betriebenen Schuldner unter Eigentumsvorbehalt verkauften Sachen in analoger Anwendung der für die Pfändung und Verwertung ver- pfändeter Sachen geltenden aestimmungen zu [pfänden und zu verwerten sind. Hieraus wurde fnun, wie wir einem

kürzlich an uns weitergezogenen Entscheid einer kantonalen Aufsichtsbehörde entnehmen mussten, der Schluss gezogen, dass durch die Pfändung solcher Gegenstände (Sehndbetreibungs- und Konkursrecht (Kreisschreiben). No 29. stände das Recht des Verkäufers, sein Eigentum geltend zu machen bzw. die Gegenstände zurückzuverlangen (Art. 226 und 2:27 OR und 716 ZGB), aufgehoben werde bzw. erst dann wieder auflebe, wenn eine fruchtlose Verwertung stattgefunden habe, d. h. kein den Betrag der Kaufpreisrestanzübersteigendes Angebot gemacht wurde. Im Gegensatz hiezu haben wir in unserem Rekursentscheid vom 30. März 1922 ausgesprochen, dass durch die Pfändung die dem Verkäufer aus dem Kaufvertrag und dem Eigentumsvorbehalt zustehenden Rechte in keiner Weise beeinträchtigt werden, insbesondere also das ihm gemäss Art. 2:26 OR zustehende Recht, das vorbehaltene Eigentum geltend zu machen, wenn der Käufer mit einer Teilzahlung in Verzug gerät, dem Pfändungspfandrecht der Gläubiger vorgeht. Uebt der Verkäufer dieses Recht aus, so kann das Pfändungspfandrecht der Gläubiger nur mehr den Anspruch des Käufers auf Rückerstattung der von ihm geleisteten Abzahlungen unter Abzug eines angemessenen Mietzinses und einer Entschädigung für Abnutzung, sowie auf Retention der Sache bis zur Rückzahlung jenes Betrages umfassen, welcher gemäss Art. 227 Abs. 1 OR und Art. 716 ZGB an Stelle seines bisherigen Rechts tritt; dieser Anspruch ist ohne, besonderes Begehren des Gläubigers in der vom Schuldner genannten oder allfällig vom Gläubiger selbst verlangten Höhe (darüber siehe nachstehend) zu pfänden' (Entscheid der Schuldbetreibungs- und Konkurskammer vom 30. März 1922 i. S. Eckenstein, in der amtlichen Sammlung publiziert!). Nach dieser Auffassung ist der Verkäufer vor jeder Schädigung geschützt, welche ihm die Pfändung zufügen könnte, wenn weder der betreibende Gläubiger noch der Schuldner (Käufer) alsbald das Verwertungsbegehren stellen und es sich auch nicht um Gegenstände handelt, die vom Betreibungsamt auch ohne Vorliegen eines Verwertungsbegehrens verkauft werden können, sei es, dass sie schneller Wertverminderung ausgesetzt sind oder einen kostspieligen Unterhalt erfordern (Art. 124 SchKG). Ist aber der Anspruch des Käufers auf Rückerstattung' der von ihm geleisteten Abzahlungen unter Abzug eines angemessenen Mietzinses und einer Entschädigung für Abnutzung, sowie auf Retention der Sache bis zur Zahlung dieses Betrages gepfändet, so kann" es nicht mehr dem Käufer überlassen bleiben, über die Höhe des Betrages zu entscheiden, gegen dessen Zurückzahlung er die Sache dem Verkäufer zurückgeben will. Wir ordnen daher für die Auseinandersetzung mit dem Verkäufer im Sinne des Art. 100 SchKG die Mitwirkung des Betreibungsamtes in folgender Weise an : Der Verkäufer hat seine Erklärung darüber, dass er das Eigentum geltend machen wolle, und was er .. an Mietzins und Abnutzungsentschädigung von den zurückzuerstattenden Abzahlungen abzuziehen beansprucht, dem Betreibungsamt abzugeben. Dieses hat zunächst dem Schuldner hievon Mitteilung zu machen und ihm eine kurze Frist zur Erklärung darüber anzusetzen, in welcher Höhe er eine Rückforderung geltend mache, mit der Androhung, dass Stillschweigen als Verzicht auf eine das Angebot des Verkäufers übersteigende Rückforderung betrachtet werde. Alsdann hat das Betreibungsamt die Stellungnahme des Schuldners dem Gläubiger mitzuteilen unter Ansetzung einer kurzen Frist zur Erklärung darüber, ob er sich mit der Pfändung des Rückforderungsanspruches in der vom Schuldner genannten bzw., wenn der Schuldner seinen Rückforderungsanspruch nicht beziffert, in der vom Verkäufer' angebotenen Höhe begnüge, oder ob er ihn höher beziffere - ebenfalls mit der Androhung, dass Stillschweigen als Verzicht auf die Geltendmachung eines höheren Betrages betrachtet werde. Daraufhin

hat das Betreibungsamt die allfällig über das Angebot des Verkäufers hinaus vom Schuldner oder vom Gläubiger erhobene Forderung summarisch daraufhin zu prüfen, in welcher Höhe sie ihm begründet erscheint (wobei der Schuldner verpflichtet ist, ihm Auskunft über alle in Betracht fallenden Verhältnisse zu erteilen), und dem Verkäufer eine kurze Frist zur Hinterlegung dieser Summe (bezw. Zahlung des anerkannten Teiles derselben) gegen Herausgabe der Sache anzusetzen, mit der Androhung, dass nach unbenützlichem Ablauf derselben die Betreibung ungeachtet der Geltendmachung seines Eigentums ihren Fortgang nähme, sein Anspruch auf Herausgabe der Sache in dieser Betreibung also nicht mehr berücksichtigt würde. Soweit der vom Schuldner oder allfällig vom Gläubiger erhobene Rückforderungsanspruch den vom Verkäufer anerkannten Betrag übersteigt, ist er als bestrittene Forderung zu verwerfen, wobei dem Erwerber eine angemessene Frist zur gerichtlichen Geltendmachung anzusetzen ist, mit der Androhung, dass nach deren unbenützlichem Ablauf das Depositum dem Verkäufer zurückgegeben werde. Erachtet das Betreibungsamt den Rückforderungsanspruch nur im Umfange des vom Verkäufer anerkannten Betrages für begründet und sieht es daher von der Anordnung der Hinterlegung eines höheren Betrages ab, so besteht natürlich keine Veranlassung zur Fristansetzung an den Erwerber des Rückforderungsanspruches.

Sanierung von Hotelunternehmungen. ND 30. 111 B. Sanierung von Hotelunternehmungen. Assainissement des entreprises hôtelières. :30. Sentenza. 14 aprile 1922 nella causa Banoa popola.re svizzera. e Consorti. Ordinanza 18 dicembre 1920 sul concordato ipotecario per gli stabili destinati ad uso albergo. - Imprenditori beneficiari di ipoteca legale secondo l'art. 837 cU. 3 CCS, i cui crediti non sono coperti da stima e, in seguito di ciò, subiscono perdita secondo gli art. 6 cap. 1 e 14 dell'ordinanza. - La questione, se questi imprenditori debbano venir posti in grado di rivalersi per queste perdite, alle condizioni previste dall'art. 841 CCS sui creditori ipotecari coperti, e prematura, se il concordato non è ancora omologato e, in ogni caso, di competenza del giudice. - I crediti degli imprenditori garantiti da ipoteca legale devono essere coperti, per il computo dello scoperto, come gli altri pegni secondo il grado che hanno in ordine di data e imputati sul valore totale degli stabili gravati. - È quindi inammissibile un complemento di stima per opera della Commissione di stima, onde determinare l'aumento di valore che gli stabili possono aver conseguito per le prestazioni degli imprenditori e allo scopo di assegnare loro un privilegio su tale aumento a mente dell'art. 841 CCS. A. - Con decisione 27 giugno 1921 la Camera Eccelsa di Fallimenti del Cantone Ticino accordava alla ditta G. L. Siebenmann, proprietaria dell'albergo e pensione omonimi in Orselina, il beneficio della moratoria ai fini del concordato comune ed ipotecario secondo l'ordinanza 18 dicembre 1920 del Consiglio federale. Tra i creditori figurano le ditte « Fratelli Merlini », impresari in Minusio, ed « I Figli fu Alessandro Broggin », fabbricanti di mobili in Losone. L'ipoteca che assiste i loro crediti e l'ipoteca legale degli imprenditori (art. 837 cif. 3 CeS) per lavori eseguiti e mobilio

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.